

## Newsletter

# Frank Jahnke

Für Sie. Für Charlottenburg.



Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Juni 2017

### Aus dem Inhalt:

Editorial	1
<i>Unternehmensbesuche</i> Das Industriegebiet Schöneeweide	2
<i>Mieten und Wohnen</i> Mietervertreibung in der City West?	3
<i>Gastkolonne</i> »Reichtum kommt von Fleiß und Leistung«	4
<i>Mein aktueller Ausstellungstipp</i> »Zeitenwende« – Bilder von Gotthard Krupp in der Epiphaniien-Kirche	5
<i>Europa</i> Deutsch-polnischer Erfahrungsaustausch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung	6
<i>Gedenken</i> Vor 50 Jahren starb Benno Ohnesorg	7
<i>Rechtsberatung</i> Neues Angebot in der Goethe15	8
Terminvorschau	8
Weitere Informationen	8



Liebe Leserinnen und Leser,

im Bund nähert sich die laufende Legislatur ihrem Ende und der kommende Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. In letzter Minute gelang es der CDU/CSU, das im Koalitionsvertrag von 2013 verankerte Rückkehrrecht für Teilzeitbeschäftigte zu verhindern.

Das Rückkehrrecht sollte die sogenannte »Teilzeitfalle« aushebeln und Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit verringern möchten, die Möglichkeit geben, zu ihrer ursprünglichen Arbeitszeit zurückzukehren. Betreffen würde es vor allem – aber nicht nur – Frauen, die z.B. aus familiären Gründen vorübergehend in die Teilzeit wechseln möchten. Heute müssen Familien immer bedenken, dass ein Wechsel in die Teilzeit dauerhafte Einbußen beim Einkommen und bei der Rente zur Folge haben kann. Dem möchte die SPD mit dem Gesetz entgegenwirken, das für Betriebsgrößen ab 15 Mitarbeiter gelten soll.

Der CDU/CSU und der Kanzlerin ging das zu weit. Sie möchten allerhöchstens ein Gesetz für Betriebe ab 200 Mitarbeitern. Flexibilität am Arbeitsplatz kann es aber nur geben, wenn ausgleichende Sicherheiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen werden.

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) beschreibt die Strategie der Union als »Verwässern und Verzögern«. So bedauerlich es ist, dass das Rückkehrrecht vor der Wahl nicht mehr umgesetzt werden kann – wir werden es im Wahlkampf zu einem Thema machen! Mit dem Mindestlohn sowie mit den Forderungen nach einer einzigen Bürgerversicherung, nach einer Reform beim Arbeitslosengeld und nach einem Rückkehrrecht aus der Teilzeit steht die SPD ganz klar für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

Ihr/Euer

## Das Industriegebiet Schöneeweide

*Einer der traditionellen Industriestandorte Berlins ist Oberschöneeweide.*

Der eher idyllisch klingende Name soll bereits auf den Kurfürsten Joachim II. zurückgehen, der im 16. Jahrhundert regierte und in einer Reisebeschreibung von der »schönen Weyde« entlang der Spree schwärmte. Eine dort gelegene Land- und Gastwirtschaft bot Handlungsreisenden seit dem 18. Jahrhundert Unterkunft, wurde Anfang des 19. Jahrhunderts schlossähnlich umgebaut und erhielt zu dieser Zeit (nach der Gattin des Eigentümers) den Namen Wilhelminenhof. Hieraus entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine beliebte Ausflugsgaststätte.

Der AEG-Vorstandsvorsitzende Emil Rathenau, der sein Unternehmen 1883 am Gesundbrunnen gegründet hatte, suchte händelringend nach weiteren Flächen für die schnell expandierende Produktion. Am Gesundbrunnen wurde es zu dieser Zeit bereits eng, und so eröffnet Rathenau ab 1890 einen zweiten großen Standort in Oberschöneeweide, wo er die bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen günstig erwerben konnte.



Mit Susanne Reumschüssel, Leiterin des Industriesalons Schöneeweide, und dem Wahlkreisabgeordneten Lars Düsterhöft (SPD).  
Foto: Thomas Niemeyer

Die Spree stand als Wassertransportweg zur Verfügung, ein Anschluss an die Berlin-Görlitzer Eisenbahn wurde geschaffen, so waren die logistischen Voraussetzungen für das neue Industriegebiet ideal. Arbeitskräfte konnten ebenfalls leicht akquiriert werden, und die entsprechenden Wohnviertel entstanden entlang der Wilhelminenhofstraße,

direkt gegenüber den schnell emporwachsenden Fabriken der AEG und bald auch weiterer Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, des Maschinenbaus und zeitweise sogar der Fahrzeugfertigung. In rund 25 Fabriken arbeiteten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts 18.000 Menschen, die ländliche Ruhe war passé und an den einst stolzen Wilhelminenhof erinnerte bald nur noch der Straßename.

Nach dem 2. Weltkrieg und Enteignung der AEG durch die sowjetische Besatzungsmacht blieb Oberschöneeweide ein nunmehr »volkseigener« Industriestandort, wo nach wie vor tausende von Werk tätigen arbeiten – sei es im Kabelwerk Oberspree (KWO) oder im Werk für Fernseh elektronik. Doch es waren nach marktwirtschaftlichen Kriterien unproduktive Arbeitsplätze, die nach der deutschen Einheit 1990 reihenweise abgebaut wurden. Mit hohen Subventionen ließen sich zwar vorübergehend noch Nachnutzer wie der koreanische Konzern Samsung locken, die jedoch nach Ablauf der Bindungsfrist der Mittel auch schnell wieder ent sch wanden.

Den großartigen Industriedenkmalen, die von Architekten wie Peter Behrens geschaffen worden waren, drohte der Verfall. Das Land Berlin tätigte mit der Ansiedlung der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in den alten KWO-Bauten eine Ankerinvestition die zugleich den Nukleus einer neuen Industrialisierung legte. Einzelne Hallen wurden auch noch von kleineren Unternehmen genutzt, doch der Leerstand blieb immens.

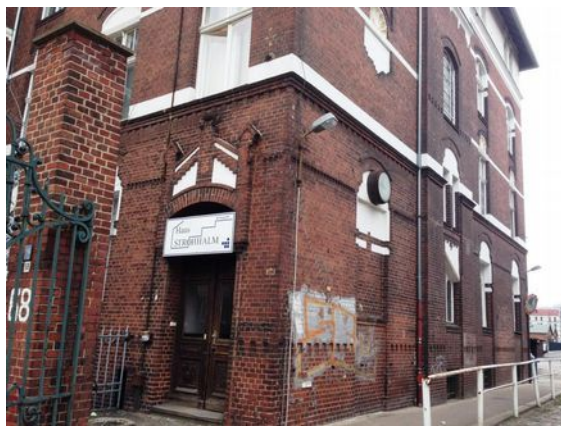


Das von Peter Behrens 1914 – 17 geschaffene Hauptgebäude der ehemaligen Automobiltochter der AEG mit dem charakteristischen Turm beherrscht das Industrie revier Schöneeweide noch heute.  
Foto: Frank Jahnke

Auf Einladung des Wahlkreisabgeordneten, meines Fraktionskollegen Lars Düsterhöft, besuchte ich das traditionelle Industrie revier. Begleitet vom Leiter des Regionalmanagements Schöneeweide, Thomas Niemeyer,

erhielten wir vor Ort Informationen über die unterschiedlichen Problemlagen einzelner Abschnitte. Im »Industriesalon Schöneweide« gab uns die Leiterin Susanne Reumschüssel einen umfassenden Überblick. Nirgendwo wird die Notwendigkeit einer Kombination industriepolitischer mit induskulturellen Ansätzen so offenkundig wie in Schöneweide. In den ehrwürdigen Hallen der AEG finden teilweise neue Produktionsprozesse statt, und es werden auch moderne Industriebauten hinzugefügt – wie beispielsweise bei Silicon Sensor. Die vielzitierte »Industrie 4.0« hat hier in unmittelbarer Nachbarschaft zur HTW gute Voraussetzungen. Gebraucht wird eine neue Brücke in der Verlängerung der Wilhelminenhofstraße, für die sich das Regionalmanagement einsetzt.

Doch es bedarf auch kreativwirtschaftlicher und kultureller Nutzungen zur Weiterentwicklung des Standorts. Nicht ohne Grund hat der international bekannte Musiker Bryan Adams eine Halle in Schöneweide erworben, und zahlreiche Künstlerinnen und Künstler finden hier ein Atelier. Das Regionalmanagement hat einen »Masterplan Kunst« vorgelegt, der die großen Potentiale des Ortes an der Nahtstelle zwischen Kunst und Kreativwirtschaft aufzeigt.



Sozialer Anlaufpunkt »Strohalm« in einem denkmalgeschützten Gebäude an der Wilhelminenhofstraße.

Foto: Frank Jahnke

Die »Schöneweider Mischung« aus Hochschule, Produktion, Kultur und Wohnen in engem räumlichen Zusammenhang weist in eine Zukunft, die auch für andere Stadtteile Berlins richtungsgebend sein könnte. Die Lösung hierbei auftretender Konflikte – etwa zwischen Industriestandort und heranrückender Wohnbebauung – sind klassische Politikaufgaben. Aber es zeigt sich in Schöneweide auch, wie gesellschaftliche »Kümmerer« unterstützend tätig werden können. Das Re-

gionalmanagement Schöneweide oder das hier ansässige Berliner Zentrum für Industriekultur (BZI) sind dafür ebenso Beispiele wie der »Treffpunkt Strohalm«, wo sozialtherapeutisches Wohnen und psychosoziale Beratung zur Stabilisierung des sozialen Umfeldes im historischen Industriequartier rund um die Wilhelminenhofstraße stattfinden.

## Mieten und Wohnen

### Mietervertreibung in der City West?

*Kürzlich nahm ich an einer überparteilichen Podiumsdiskussion zum Thema »Zwischen Kiezkultur und Mietervertreibung« im Literaturhaus in der Fasanenstraße teil. Ziel der Veranstaltung war es, Wege zu suchen, die in Charlottenburg eine großflächige Mietervertreibung verhindern.*

Aktueller Anlass der Veranstaltung war der geplante Abriss dreier Häuser in der Pestalozzistraße, Schlüterstraße und Wielandstraße. Die Immobilienfirma *Diamona & Harnisch* hat die Häuser erworben und möchte diese durch Neubauten mit Eigentumswohnungen ersetzen. Dadurch würde nicht nur bezahlbarer Wohnungen vernichtet werden, sondern auch die in diesen Häusern lebenden Mieter würden verdrängt. Die hohe Besucherzahl zeigt, dass dieses Thema die Leute bewegt.

Einig waren sich alle Podiumsteilnehmer darin, dass bezahlbares Wohnen in der City West ebenso wie in ganz Berlin möglich bleiben muss und dass die Umwandlung in Eigentumswohnungen zurückgedrängt werden muss. Die konkreten Fälle seien dabei besonders bitter, »weil es keine rechtliche, sondern nur eine politische Lösung geben kann«, wie die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher (Linke), unter allgemeiner Zustimmung betonte. Perspektivisch will sie deshalb erreichen, dass Häuser nur noch nach vorheriger behördlicher Genehmigung abgerissen werden dürfen.

Ebenso wie mir gehen auch dem SPD-Bundestagskandidaten Tim Renner sowie Lisa Paus (Grüne) und der Senatorin die bestehenden Regelungen zur Mietpreisbremse und zum Zweckentfremdungsverbot nicht weit genug. Tim Renner fordert ein selbstbewusstes Auftreten Berlins gegenüber Investoren. Diese müssten aktiv unter Druck gesetzt und ge-



benenfalls zur konstruktiven Kooperation gezwungen werden. »Mieterrechte sind entscheidend und müssen im Vordergrund stehen«, so Renner.



Katrin Lompscher (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Linke), Carsten Bolz (Superintendent der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz), Lisa Paus (MdB, Grüne), Tim Renner (SPD-Direktkandidat), Frank Jahnke (MdB, SPD), Ralph Kappler (Initiator und Moderator). (v.l.n.r.)  
Foto: Andrew Grauman

Meiner Ansicht nach wird die wachsende Stadt auch weiter wachsen. Daher bedarf es einer Vision 2022, d. h. es müssen Regeln geschaffen und mit Unterstützung der Bundespolitik durchgesetzt werden, die diesen Prozess nachhaltig gestalten, damit die altingesessenen Berlinerinnen und Berliner nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

Nur über die Bundesebene ist es möglich, Mieterschutz und Mieterrechten mehr Biss zu geben. Dort haben aber CDU/CSU zugunsten der Investorenlobby sämtliche Vorstöße der SPD blockiert. Gerade beim Mietenthema wird deutlich, wie sehr die CDU auf Seiten der Immobilieneigentümer und Vermieter steht, und dass eine dauerhafte Veränderung der Situation nur durchsetzbar ist, wenn ab dem Herbst 2017 im Bund eine Koalition ohne Beteiligung der CDU/CSU möglich wird. Tim Renner rief daher die Anwesenden dazu auf, Parteien und Kandidaten zu wählen, die die Mieterinteressen vertreten. Ein Appell, dem ich mich nur anschließen kann.



## Die Gastkolumne



von  
Wolfgang  
Baumgartner

### »Reichtum kommt von Fleiß und Leistung ...«

sagte der verstorbene CSU-Politiker Franz Josef Strauß. Eine bei Vermögenden beliebte These. Legt sie doch nahe, dass es bei der Verteilung des Reichtums gerecht zugeht. Aber das hat wenig mit der Wirklichkeit zu tun.

Verglichen mit der Mitte der Neunzigerjahre verfügen die unteren vierzig Prozent der Beschäftigten über einen geringeren Reallohn, d. h. sie haben einen Kaufkraftverlust erlitten. Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist groß. Dies ergibt sich aus dem Bericht unserer Bundesministerin Andrea Nahles (SPD) im fünften Armuts- und Reichtumsbericht. Teilweise ist dies auf einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Menschen zurückzuführen, die vorher gar nicht erwerbstätig waren und erst auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen oder zu ihrem bisherigen Einkommen hinzuverdienen. Dennoch gibt es ganze Branchen (Transport, Einzelhandel, bestimmte Dienstleistungen), in denen die Löhne auf niedrigem Niveau stagnieren.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zwar gut war, aber nicht sozial gerecht. Die unteren 40% profitieren nicht von der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Die vermögensstärksten 10 % der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 % verfügen dagegen nur über 1 % dieses Vermögens. Ein diskussionswürdiger Befund des Armutsberichts ist, dass bei zwei Drittel der Befragten eine Erbschaft oder Schenkung relevant für den Aufbau ihres Vermögens war.

Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht liegt das Armutsrisiko von Kindern bei 64 %, wenn keines der Elternteile arbeitet. Wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens hat,

gilt als armutsgefährdet. Zuletzt entsprach das je nach Datenquelle einem Nettoeinkommen zwischen 942 Euro und 1189 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Damit die Armutsrisikoquote sinken kann, müssten überproportionale Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse im unteren Einkommensbereich erzielt werden.

## ARBEITS- UND SOZIALBERATUNG

Montags von 15:30 bis 17 Uhr  
mit Wolfgang Baumgartner

Anmeldung erbeten:  
wahlkreis@frank-jahnke.de oder 313 88 82

Goethe  
fünfzehn **15**

Deshalb sind der gesetzliche Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gestärkte Tarifautonomie sowie die Bekämpfung von Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen wichtige Schritte auf dem Weg zur Armutsbekämpfung.

Auch muss die öffentlich geförderte Beschäftigung gestärkt werden, Langzeitarbeitslose brauchen echte Chancen auf soziale Teilhabe. Ein richtiger Schritt ist das Bundesprogramm »Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt«. Von diesem Programm sollen 2017 und 2018 20.000 Personen profitieren. Bei Arbeitgebern in der freien Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen und in Kommunen kann bis zu fünf Jahre lang ein Zuschuss zum Arbeitsentgelt sowie ein begleitendes Coaching gewährt werden. Hinzu kommt im Falle eines SPD-Wahlsieges das Arbeitslosengeld Q – ich habe hierzu in der Aprilausgabe berichtet.

Zur Sicherstellung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft ist eine angemessene Beteiligung der oberen Einkommen und Vermögen an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben notwendig. Auch dies ist eine Forderung, die offensiv im Bundestagswahlkampf zu thematisieren sein wird.

Wolfgang Baumgartner war über Jahrzehnte in führender Funktion im DGB-Rechtsschutz tätig und leitete das Referat Personal beim DGB-Bundesvorstand.



### Mein aktueller Ausstellungstipp

## »Zeitenwende« – Bilder von Gotthard Krupp in der Epiphanien-Kirche

*In der Goethe15 ist Gotthard Krupp kein Unbekannter und war hier bereits in mehreren Ausstellungen vertreten. Auch weit über Berlin hinaus sind seine Bilder schon im In- und Ausland zu sehen gewesen. Doch Gotthard Krupp ist ein in Charlottenburg tätiger Künstler, dem es besonders darauf ankommt, seine Werke auch im Bezirk zeigen zu können – ganz seiner Überzeugung entsprechend, dass es in der Kunst nicht vorrangig um einen »Markt« gehen kann, der in den Kunstwerken bloße Wertanlagen sieht, und sie vom Ort und den Bedingungen ihrer Entstehung löst.*

Nachdem das ehemalige Postgebäude in der Goethestraße nun ebenfalls einer anderweitigen Vermarktung zum Opfer gefallen ist, entfielen auch die regelmäßigen Atelierausstellungen, die Gotthard Krupp dort über Jahre durchführte. Umso erfreulicher ist es, dass die evangelische Kirchengemeinde Epiphanien in der Knobelsdorffstraße in Charlottenburg dem Künstler nun die Möglichkeit einer Ausstellung im Kirchenraum bietet.



Mit Gotthard Krupp vor einem seiner Werke in der Epiphanien-Kirche.  
Foto: Eberhard Henze

Die in ihrem Äußeren an Bauten der Backsteingotik orientierte Kirche ist in ihrem Inneren nach Kriegszerstörungen modern wieder aufgebaut worden. Ihre dunkelbraun gestrichenen Wände entsprechen vielleicht nicht jedermanns Geschmack, doch sind sie ein überraschend geeigneter Hintergrund für die farbigen Gemälde Gotthard Krupps. Insbesondere die Bilder im linken Teil des Kirchenschiffs wirken dermaßen geschaffen für genau diese Wand, als habe dort nie etwas anderes gehangen.



Annegret Hansen bei der Ausstellungseröffnung – links im Bild Gemeindepfarrer Thilo Haak, rechts der Künstler.  
Foto: Frank Jahnke

Bei der Ausstellungseröffnung am 6. Mai griff Gemeindepfarrer Thilo Haak den Ausstellungstitel »Zeitenwende« auf und zitierte den alttestamentarischen Bibeltext aus dem Buch Kohelet, der durch den Folk-Sänger Pete Seeger in dem Lied »Turn, Turn, Turn« popularisiert wurde. Die Hauptrede zur Vernissage hielt die Bezirksverordnetenvorsteherin Annegret Hansen, bevor Gotthard Krupp den ungewöhnlichen Ort einer Kanzel nutzte, um seine Gedanken zur Ausstellung zu skizzieren.

Es ging ihm, wie er es selbst formuliert, bei der Wahl des Ausstellungstitels »Zeitenwende« darum, auf eine Realität zu verweisen, die durch Kriege, soziale Unsicherheiten und wirtschaftliche Verwerfungen gekennzeichnet ist und unsere gesellschaftlichen Grundlagen, ja die Zivilisation selbst in Frage stellt. Gotthard Krupp zitierte passend zum Jahr und zum Ort das Beispiel der Zeitenwende vor 500 Jahren, die mit Luthers 95 Thesen und dem deutschen Bauernkrieg eingeleitet wurde, überließ es aber kommenden Generationen zu beurteilen, ob wir heute auch in einer Zeitenwende leben.

Epiphanien-Kirche, Knobelsdorffstr. 72-74, 14059 Berlin (bis 4.7.2017), Mo - Di 11 bis 13 Uhr, Do 15 bis 18 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung unter 030-33007030 (Frau Thulmann).

## Deutsch-polnischer Erfahrungsaustausch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

*Am 3. Mai 2017 fand bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin ein gemeinsames Diskussionsforum statt, an dem Vertreterinnen und Vertreter der sozialdemokratischen Parteien – der SPD aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und der SLD aus den Wojewodschaften Westpommern, Niederschlesien und Opolskie – teilnahmen.*

Kontakte zwischen der Berliner SPD und der SLD Westpommern bestehen bereits seit 2004. Unter der Leitung von Dr. Jürgen Murach auf deutscher und Ryszard Zajfert auf polnischer Seite hatten seither verschiedene Treffen in Berlin wie auch in Szczecin (Stettin) sowie auf Usedom stattgefunden. Diesmal wurden nun Vertreterinnen und Vertreter aus allen Regionen beiderseits der Oder an einen Tisch geholt.



Staatssekretär Christian Gaebler (dritter von rechts) während seines Referats auf der Konferenz.

Foto: Frank Jahnke

Die Zielstellung dieser Begegnung war die Definition von gemeinsamen politischen Zielen, sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie der weiteren Entwicklung des Grenzraumes bis 2040 auf der Grundlage des bereits bestehenden Projektes »Oder-Partnerschaft«.

In dem intensiv diskutierten und zum Abschluss verabschiedeten Dokument »Gemeinsame Vision und Strategie für den deutsch-polnischen Grenzraum bis 2040« werden Themenfelder und Zuständigkeiten benannt, die für die weitere Kooperation maßgeblich sind. Die fachlichen Diskussionen sollen in kleineren, fachorientierten Arbeitsgruppen, und



unter Mitwirkung von Expertinnen und Experten aus SPD und SLD, NGOs und anderen Interessensgruppen in den Politikfeldern Kultur und Sport, Tourismus, Wirtschaft, Mobilität und Verkehr, technische Infrastruktur, erneuerbare Energie, Umwelt, Bildung und Gesundheit vertieft werden.



Ziel der Sonderfahrt mit dem »EuroCity Ferdinand Lassalle« war 2016 Breslau – hier Frank Jahnke, Senator Andreas Geisel und Dr. Jürgen Murach auf dem Breslauer Hauptbahnhof. In diesem Jahr geht es bis nach Oppeln.

Foto: Heike Stock

Anknüpfend an die erfolgreiche Aktion mit dem Zugprojekt »EuroCity Ferdinand Lassalle« nach Wrocław (Breslau) im vergangenen Sommer soll am 15. Juli 2017 der Zug auf nunmehr veränderter Streckenführung bis nach Opole (Oppeln) fahren, wofür eine gemeinsame Erklärung der deutschen und polnischen Partner zur Verstärkung der Schienenverkehrsverbindungen vorbereitet wird.

## Gedenken

### Vor 50 Jahren starb Benno Ohnesorg

*Der 26-jährige Student Benno Ohnesorg hatte am 2. Juni 1967 an einer Protestkundgebung gegen den Schah von Persien vor der Deutschen Oper teilgenommen. Im Hof des Hauses Krumme Straße 66-67 traf ihn der Schuss eines Polizisten in den Kopf.*

Der Prozess gegen den Todesschützen endete mit einem Freispruch. Aber 2012 wurden neue Dokumente veröffentlicht, die eine Debatte befeuerten, wonach der Schuss möglicherweise vorsätzlich abgegeben worden ist und

die damalige Polizeiführung die Tat anschließend vertuschte.

Für die Studentenbewegung stellte der 2. Juni 1967 jedenfalls einen Wendepunkt dar. Nicht zuletzt kam es durch die »Bewegung 2. Juni« und die RAF zu einer Eskalation der Gewalt.

Das damalige Vorgehen der Polizei sowie die verleumderischen Berichte der Springer-Presse haben zu dieser Eskalation der Gewalt ihren Teil beigetragen. Aber es ist zu einfach, die Schuld für den Schritt in den Terrorismus nur auf dieser Seite zu suchen. Dieser Schritt verkehrte auch die Absichten der Studentenbewegung ins Gegenteil. Es ging doch gerade um mehr Demokratie und um die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Vergangenen – Ziele, die mit Mord und Terrorismus nicht zu vereinbaren sind.



Das Gedenkrelief von Alfred Hrdlicka vor dem U-Bahneingang an der Deutschen Oper erinnert an den 2. Juni 1967.

Foto: Dierk Spreen

Am 8. Juni nach einer Trauerfeier in der Freien Universität wurde der Sarg von Benno Ohnesorg in einem Autokonvoi von West-Berlin nach Hannover überführt und der Theologieprofessor Helmut Gollwitzer mahnte weit-sichtig: »Ein Tod verpflichtet zur Versöhnung«. Benno Ohnesorgs Leidenschaft galt dem Frieden. Angesichts der an vielen Orten der Welt gegenwärtigen Gewaltverhältnisse hat Gollwitzers Aufruf bis heute nichts von seiner Aktualität verloren.

Die Abteilung »Rund um den Karl-August-Platz« der SPD Berlin gedenkt der Ereignisse

der damaligen Zeit und wird am 9. Juni von der Krumme Straße zur Deutschen Oper gehen. Dort steht zum Andenken an den Tod von Benno Ohnesorg eine Gedenktafel vom dem Wiener Künstler Alfred Hrdlicka.

Treffpunkt: Freitag, 9. Juni, 18:00 Uhr an der Gedenktafel in der Krumme Straße.

### Kostenlose Rechtsberatung

## Neues Angebot in der Goethe15

Seit April diesen Jahres bietet der Rechtsanwalt Alexander Rudolph in meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 15 einmal im Monat eine kostenlose rechtliche Fachberatung an.

Der nächste Termin ist am Dienstag, den 27. Juni 2017 zwischen 17 und 18 Uhr. Bitte melden Sie sich vorher an und teilen Sie uns grob den Rechtsbereich mit, in dem Sie eine Beratung wünschen.

### Terminvorschau

1. Juni	18-19 Uhr, Bürgersprechstunde Frank Jahnke, MdA, in der <i>Goethe15</i>
9. Juni	ab 18:00 Uhr, Gedenkmarsch zum 50. Todestag von Benno Ohnesorg mit der Abteilung 76, Treffpunkt: Gedenktafel Krumme Str.
21. Juni	17-19 Uhr, Tür-zu-Tür-Gespräche in der Kantstraße
26. Juni	19-21 Uhr, Vernissage zur Ausstellung »Farbe trifft Stahl« mit Bildern von Evelyn Andres und einem Grußwort von Frank Jahnke, MdA
27. Juni	17-18 Uhr, Rechtsberatung in der <i>Goethe15</i> durch RA Alexander Rudolph. Anmeldung erbeten

3. Juli 19-20 Uhr,  
Bürgersprechstunde  
Frank Jahnke, MdA,  
in der *Goethe15*

13. Juli Ganztägig Stadtteiltag im Wahlkreis und ab 18 Uhr, Charlottenburger Gespräch mit Klaus Wowerit.

**FRANK JAHNKE.**  
CHARLOTTENBURGER  
GESPRÄCHE.

Anschließend Sommerfest in der Goethe15 mit Klaus Wowerit und Tim Renner, Kulturstaatssekretär a.D.

18. Juli ab 18 Uhr,  
Sommerfest der Abteilung 76 in der Goethe15

# Goethe fünfzehn15

### Weitere Informationen

- zu meiner Tätigkeit finden sich auf meiner Homepage: [www.frank-jahnke.de](http://www.frank-jahnke.de)
- zur Arbeit der Abgeordnetenhausfraktion auf: [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de)



Jederzeit stehe ich nach Terminvereinbarung gerne für ein Gespräch zur Verfügung:

- Tel.: 030.3138882
- Email: [wahlkreisbuero@frank-jahnke.de](mailto:wahlkreisbuero@frank-jahnke.de)

Bitte senden Sie eine Mail, wenn Sie den Newsletter online beziehen möchten.

Öffnungszeiten (SPD-Wahlkreisbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin): Mo-Fr, 13-18 Uhr

V.i.S.d.P.: MdA Frank Jahnke, Bürgerbüro,  
Goethestr. 15, 10625 Berlin.